



Neues aus dem Landtag

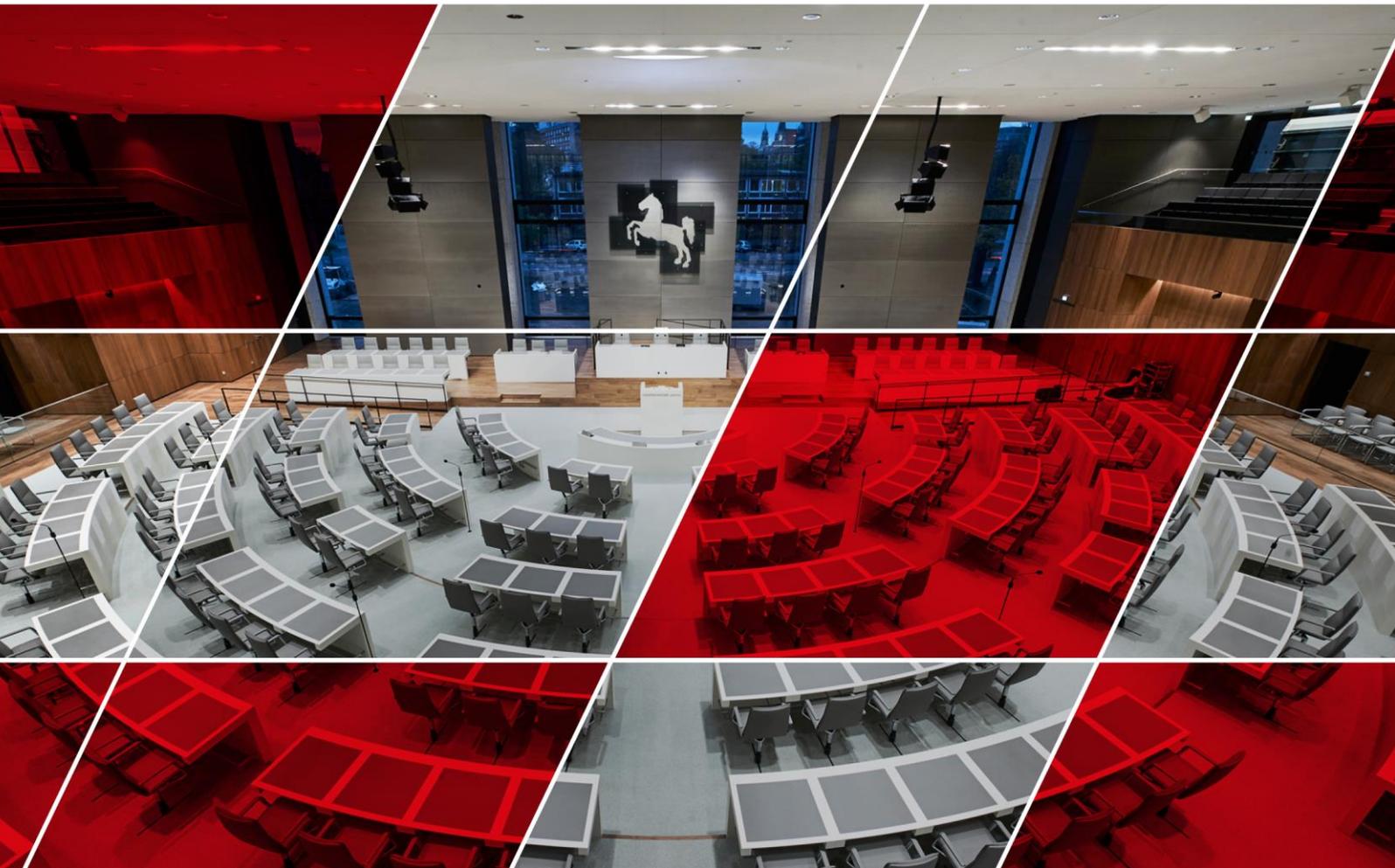
Jan 2019



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im Januar in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

1. Das Januarplenum
2. Mein Statement zur Meisterprämie
3. Beitragsordnung der Pflegekammer
4. Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung
5. Neujahrsempfang der SPD in Garbsen
6. Meine Meinung zum „Bike-Flash“-Modell
7. Beschäftigte der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu Gast im Landtag.
8. Stephan Weil zu Besuch in der Wedemark und in Langenhagen



Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freunde*innen,

an dieser Stelle wünsche ich Euch erst einmal ein frohes, erfolgreiches und gesundes neues Jahr!

Im Januar hat zum ersten Mal die Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung" getagt. Der SPD-Landtagsfraktion ist es ein besonderes Anliegen, die medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen auf einem hohen Niveau bereitzustellen und auch zukunftsfest auszurichten. Die aktuelle Diskussion über die



Pflegekammer hat uns in den ersten Wochen des Jahres stark beschäftigt. Der Start der Pflegekammer ist unglücklich gelaufen. Nichts desto trotz möchten wir der Pflegekammer eine zweite Chance geben, sodass sie nun in die wirkliche Arbeit einsteigen kann. Diesen Prozess werden wir von

politischer Seite intensiv begleiten. Hauptanliegen und Ziel ist es unter anderem, dass in der Pflege arbeitende Menschen endlich eine gute Vertretung und eine starke gemeinsame Stimme haben.

Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht – auf dem Weg zur Parität“ möchten wir ein deutliches Zeichen für den Kampf für eine gleichberechtigte Gesellschaft setzen. Uns als SPD-Fraktion ist es eine Herzensangelegenheit für mehr Parität im Zusammenleben und auch im Parlament einzustehen. Frauen haben sich selbstbestimmt auf einen harten und steinigen Weg begeben, damit ihre Rechte auch wirklich durchgesetzt werden. Auch 100 Jahre nach diesem historischen Beginn der ersten demokratischen Wahlen, gibt es jedoch noch sehr viel zu tun. Blicken wir auf den „Gender Pay Gap“ – Frauen erhalten auch noch im 21. Jahrhundert rund 21 Prozent weniger Gehalt bei gleicher Arbeit als ihre männlichen Kollegen. Schauen wir uns den Frauenanteil des Landtages an: Nur 27 Prozent! Wir haben noch viel zu verbessern – packen wir es gemeinsam an!

Liebe Grüße,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rüdiger Kauroff'.

Mein Statement zur Meisterprämie:

Der Wirtschaftsausschuss des Niedersächsischen Landtages hat einem entsprechenden Antrag der Regierungsfractionen von SPD und CDU zur Sicherung der Erstattung der Meisterprämie über das Jahr 2019 hinweg zugestimmt. Im Februar wird der Landtag dieses Vorhaben final beschließen.

Dazu erklärt der SPD-Abgeordnete Rüdiger Kauroff: „Die Meisterprämie im Handwerk ist ein voller Erfolg! Das Ergebnis der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses bestätigt dies, folglich ist die Weiterführung der Meisterprämie auch für das kommende Jahr ein wichtiger Schritt.

Mit der Fortführung des Landesprogrammes, welches planmäßig 2019 ausläuft, wird ein starkes Signal für die Handwerksmeisterausbildung in

Niedersachsen gesendet und die Attraktivität des Berufszweigs gesteigert. Gleichzeitig stärken wir hiermit die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Die Erstattung der Meisterprämie in Höhe von 4.000 Euro schafft Planungssicherheit sowie einen zusätzlichen Anreiz für die Nachwuchskräfte im Handwerk, sich kontinuierlich weiterzubilden und die fachliche Qualifikation zu erhöhen.

Die SPD-Fraktion wird sich zudem dafür einsetzen, dass die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren der Meisterprämie im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes durch die Bundesregierung übernommen wird. Wir wollen auch zukünftig dafür Sorge tragen, die Meisterprämie auch im Haushaltsjahr 2020 zu gewährleisten und so die Erfolgsgeschichte der Meisterprämie weiter fortschreiben.“



Die Beitragsordnung der Pflegekammer ist grundlegend überarbeitet.

In der vergangenen Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags wurde über die Niedersächsische Pflegekammer debattiert, wobei auch die Möglichkeit einer freiwilligen Mitgliedschaft in der Kammer gefordert wurde. Bereits zu Beginn der Plenarwoche hatte sich die Präsidentin der niedersächsischen Pflegekammer, Sandra Mehmecke, in der Fraktionssitzung der SPD-Landtagsfraktion den Fragen der SPD-Abgeordneten zu den Aufgaben der Kammer gestellt.

Rüdiger Kauroff, SPD-Landtagabgeordneter, erklärt dazu: „Eine Pflegekammer kann nur dann für die Gesamtheit der Pflegekräfte sprechen und handeln, wenn ihr auch wirklich alle Pflegekräfte angehören. Dazu bedarf es der verpflichtenden Mitgliedschaft. Zudem muss sich die Kammer aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanzieren, wenn sie politisch unabhängig agieren will.“ Darüber hinaus gebe es in dieser Frage auch keinen politischen Ermessensspielraum. „Das Kammerrecht schreibt sowohl die Pflichtmitgliedschaft als auch die verpflichtende Zahlung von Beiträgen vor“, so Kauroff.

Mit Blick auf die öffentliche Kritik an der Pflegekammer erklärt der Abgeordnete: „Insbesondere durch die Gestaltung der Beitragsordnung und die höchst ungeschickte Formulierung der Beitragsbescheide ist bei vielen Mitgliedern der Kammer Porzellan zerschlagen worden. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass die Kammerversammlung innerhalb kurzer Zeit eine komplette Neufassung der Beitragsordnung beschlossen hat.“

Die neue Beitragsordnung sehe unter anderem vor, die Grenze für eine komplette Beitragsbefreiung von bisher 5.400 Euro auf mehr als 9.100 Euro pro Jahr zu erhöhen. „Auf diese Weise ist sichergestellt, dass GeringverdienerInnen und damit rund 13.000 Mitglieder der Kammer von der Beitragspflicht befreit sind. Dies kann eine erste wichtige vertrauensbildende Maßnahme sein, die auch zu einer höheren Akzeptanz der Kammer unter den Pflegenden führt“, so Kauroff.

Vor dem Hintergrund dieser Maßnahme appelliert der SPD-Politiker, der Kammer nun die Gelegenheit zu geben, ihren Wert für die niedersächsischen Pflegekräfte durch gute Sacharbeit zu demonstrieren: „Wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU vereinbart, wird zur Mitte der Legislaturperiode eine Evaluierung der Pflegekammer vorgenommen. Ministerin Carola Reimann hat angekündigt, diese noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen und von einem unabhängigen Institut vornehmen zu lassen. Bis dahin sollten wir die Pflegekammer in Ruhe arbeiten lassen.“

„Die niedersächsischen Pflegekräfte haben eine starke Vertretung ihrer Interessen verdient“, so Rüdiger Kauroff. „Nun liegt es an der Pflegekammer selbst, zu demonstrieren, dass sie diese Aufgabe kraftvoll wahrnehmen kann.“

Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen:

Im Januar fand im Niedersächsischen Landtag die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission zum Thema „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ statt. Die Kommission ist auf Initiative der Regierungsfractionen von SPD und CDU eingesetzt worden.



Der SPD Landtagsabgeordnete, Rüdiger Kauroff, erklärt dazu: „Von der Enquete-Kommission, die nun wöchentlich tagen wird, versprechen wir uns neue Lösungsansätze für die vielfältigen Probleme im öffentlichen Gesundheitssektor, die auch immer wieder die

politische Debatte bestimmen. Dazu gehören die Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von Haus- und Facharztpraxen ebenso wie Probleme in der Notfallversorgung.“

Die Enquete-Kommission setzt sich aus insgesamt 15 Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen, acht Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Organisationen aus dem Gesundheitsbereich sowie vier Experten aus der Wissenschaft zusammen. Ziel der Kommission ist es, bis spätestens zum Frühjahr des Jahres 2020 einen Abschlussbericht vorzulegen. „Wir freuen uns außerordentlich, dass die Kommission von den handelnden Akteuren so gut angenommen wurde und dementsprechend hochkarätig besetzt werden konnte“, so Kauroff

Für den SPD-Abgeordneten steht fest: „Allen Beteiligten ist bewusst, dass es ein einfaches ‚weiter so‘ angesichts der gravierenden Probleme in unserem Gesundheitssystem nicht geben kann. Im Vordergrund dieser zeitlich eng begrenzten Enquete-Kommission steht deshalb ein klarer Handlungsauftrag: Wir wollen für das Land Niedersachsen Schwerpunktthemen identifizieren und Lösungen entwickeln, die nach Vorlage des Abschlussberichts noch in dieser Legislaturperiode angepackt und im Rahmen der Landesgesetzgebung umgesetzt werden können.“

Neujahrsempfang der SPD Garbsen mit Stephan Weil – Kauroff legt Schwerpunkt auf bezahlbares Wohnen:

Zu ihrem schon traditionellen Neujahrsempfang hatte die SPD Garbsen erneut in den Horster Harlekin, gerade das 25. Jubiläum feiernd, geladen. Als Gastredner machte der SPD Landesvorsitzende und Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil seine Zusage wahr. 2018 hatte er noch kurzfristig aufgrund der GroKo-Verhandlungen in Berlin absagen müssen. Den Anfang aber machte der Ortsvereinsvorsitzende, MdL Rüdiger Kauroff.

Er begrüßte nicht nur die zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen, unter ihnen auch Altbürgermeister Wolfgang Galler, sondern ging auch auf seine Arbeit im Niedersächsischen Landtag, die aktuelle Garbsener Stadtpolitik sowie die Ziele der SPD für das neue Jahr ein.



Im Landtag hat er nach seinen Worten nun das erste „Lehrjahr“ hinter sich und sieht sich gut für seine Arbeit gerüstet. Seine Schwerpunktthemen sind die als feuerwehrpolitischer Sprecher der Fraktion und im Wirtschaftsausschuss für die Themen des Handwerks und Mittelstands.

Zur Garbsener Politik hobt er hervor, dass nach dem Abriss nun bald mit dem Wiederaufbau des Badeparks Berenbostel begonnen werde. Bürgermeister Grahl hat angekündigt, im Juni 2021 dort zuerst baden zu gehen. Kauroff kündigt an, ihm das Vergnügen auch bei den kurz danach anstehenden Bürgermeisterwahlen nochmals zu bereiten, sollte er wieder antreten.

Bei der Bildungspolitik ging er auf die IGS Garbsen ein, deren brandschutztechnischen Mängel alle kalt erwischt hätten. Er hoffe auf eine baldige Entscheidung, ob die IGS nun noch sanierungsfähig und dies im laufenden Betrieb auch zu bewerkstelligen sei oder man doch neu bauen müsse. Er betonte aber ausdrücklich, dass durch die IGS keine andere Schule in ihrer Unterstützung durch die Stadt Garbsen zurückstehen dürfe. Dafür werde die SPD sorgen!

Den Schwerpunkt seiner Ausführungen jedoch legt Kauroff auf das Thema Schaffen von Wohnraum und Stadtentwicklung. Hier werde schon viel zu lange zu viel geredet, aber passieren würde nichts. Sein Vortrag gipfelte in der direkten Ansprache an den Bürgermeister: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Grahl, Sie sind der Chef der Garbsener Stadtverwaltung! Wann wollen Sie endlich dafür sorgen, dass Menschen, die in Garbsen eine Wohnung suchen, diese in Garbsen auch finden können? Was sagen Sie den Menschen, die in Berenbostel aus den Wohnungen heraussollen, wann diese bezahlbaren Wohnungen in Berenbostel finden werden? Die SPD in Garbsen macht Politik für die Bürgerinnen und Bürger. Für diese werden wir uns keine Ausreden mehr gefallen lassen. Wir fordern den Bürgermeister auf, nun endlich nach den vielen Worten, Erklärungen usw. zu handeln. Sorgen Sie dafür, dass endlich die erforderlichen Wohnungen gebaut werden!“, so Kauroff.

Meine Meinung zum „Bike-Flash“-Modell:



Seit Oktober 2018 ist an der Burgstraße/Ecke Einfahrt Amazon-Sortierzentrum in Garbsen eine sogenannte Bike Flash Anlage aufgebaut. Bike Flash ist ein Verkehrswarnsystem zur präventiven Überwachung des toten Winkels bei Abbiegesituationen. Die betreffende Kreuzung in Garsben wird täglich von bis zu 900 (!) LKW befahren und liegt auf einer speziell von Schülern und Schülerinnen genutzten Strecke.

Das System Bike-Flash überwacht den toten Winkel durch Wärmesensorik bis zu einer Entfernung von 40 Metern. Wird ein Radfahrer oder ein Fußgänger im Wärmebild erkannt, werden vier Leuchtbügel aktiviert.

Diese blinken in unterschiedlichen Höhen, so dass sie während des gesamten Abbiegevorgangs sowohl für höher sitzende LKW-Fahrer als auch für PKW-Fahrer zunächst im Sichtbereich der Frontscheibe, dann im Beifahrerfenster und anschließend auch im Rückspiegel erkennbar bleiben.

Der Fortbestand der Anlage ist aufgrund einer nicht vollkommenen Zulassung allerdings offen. Im Niedersächsischen Landtag habe ich mich dafür eingesetzt, dass das Verkehrsministerium von der SPD-Landtagsfraktion angeschrieben wurde. In diesem Schreiben wird das Ministerium gebeten mitzuteilen, welche Voraussetzungen zu erfüllen sind, damit die Anlage fortbestehen kann. Optionale Lösungen könnte hierbei etwa eine Zulassung als Modellversuch oder eine Ausnahmeregelung beim Bundesverkehrsministerium sein.

Langfristiges Ziel sollte die bundesweite Ausrüstung von eingebauten Abbiegeassistenten in Lkw's sein. Bis dahin wird es allerdings noch dauern. Umso wichtiger ist es in der Zwischenzeit, dass Anlagen wie Bike Flash an gefährdeten Bereichen bundesweit einsetzbar sind. Es ist aus meiner Sicht nicht hinnehmbar, dass in Zukunft weiterhin Kinder und Erwachsene bei Abbiegeunfällen mit LKW's zu Schaden kommen, obwohl es u.a. durch Bike Flash Abhilfe gibt.

Beschäftigte* der Niedersächsischen Straßenbaubehörde müssen klare Perspektiven haben:

Die Personalvertreter und Gewerkschaften der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sind einer Einladung der SPD-Fraktion gefolgt und trafen sich zum Dialog mit der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder, sowie den SPD-Landtagsabgeordneten des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses.

Der Dialog erfolgte im Kontext des Fernstraßen-Überleitungsgesetzes, das ab 2021 regelt, dass die Auftragsverwaltung für die Bundesautobahnen nicht mehr in Landeshand liegt, sondern in den Zuständigkeitsbereich des neu gegründeten Bundesfernstraßenamts sowie der eingerichteten privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen mbH (IGA) fällt.

Der Bedarf an Straßenanwärttern seitens des Bundes wird mit 15.000 Stellen beziffert. Um diesen Bedarf entsprechend decken zu können, müssen 2019 bis zu 900 niedersächsische Beschäftigte ihre Bereitschaft zum Wechsel zur IGA erklären. „Niemand muss gegen seinen Willen seine Anstellung beim Land Niedersachsen aufgeben und zu einem Privatunternehmen des Bundes wechseln“, unterstreicht die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder. Im Einklang mit Vertretern der Gewerkschaften und Personalräten ergänzt der SPD Landtagsabgeordnete und Mitglied des Verkehrsausschusses, Rüdiger Kauroff:

„Das Land muss seiner sozialen Verantwortung gegenüber den Beschäftigten der Straßenbauverwaltung gerecht werden und ihnen sowohl den Verbleib bei den Landesdienststellen als auch eine örtlich und fachlich angemessene Perspektive bei einer Rückkehr nach einer Gestellung ermöglichen.“

Die laufenden Tarifverhandlungen zur Bundesfernstraßenreform, die zwischen Gewerkschaften und Bundesverkehrsministerium geführt werden, müssen nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion zügig und transparent Klarheit für die Beschäftigten schaffen. Hierzu Johanne Modder weiter:



„Erst wenn die niedersächsischen Beschäftigten die Arbeits-, Verdienst- und Wechselmodalitäten schwarz auf weiß vor sich haben, sind die verbindlichen Wechselabfragen bei den Beschäftigten durchzuführen. Ohne ausgehandelte Tarifverträge können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbaubehörde keine Entscheidung treffen“.

Zwischen den Dialogsteilnehmern wurde auch über die aktuelle Situation bei den Straßenmeistereien gesprochen und über Verbesserungen von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bei den Beschäftigten im Straßenbau diskutiert. Ver.di und die Personalräte fordern hinsichtlich der Zukunft der niedersächsischen Straßenbauverwaltung, Strukturtarifverhandlungen zur Absicherung der verbleibenden Landesbeschäftigten aufzunehmen, um ein klares Signal zur Sicherung des Fachpersonals in der niedersächsischen Straßenbauverwaltung zu setzen. „Um die Zukunft der niedersächsischen Straßenbauverwaltung zu sichern, müssen die für unser Land so wichtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch eine klare Perspektive haben“, fassen Johanne Modder und Rüdiger Kauroff zusammen.

Ministerpräsident Stephan Weil zu Besuch in der Wedemark und in Langenhagen:

Der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff hat zusammen mit dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stephan Weil die Wahlkreise Wedemark und Langenhagen bereist.



In der Wedemark wurde sich gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski im Bürgerhaus Bissendorf die Präsentation eines Schülerprojektes angeschaut. Die Schüler und Schülerinnen der Jahrgangsstufen 10 und 11 haben im Rahmen des Projektes die Zeit der

1930er bis 1950er Jahre in der Gemeinde Wedemark aufgearbeitet. Besonderer Fokus lag auf den Vertriebenen/Geflüchteten und deren neu Anfang in der Wedemark. Hierfür haben sie u.a. Interviews mit Zeitzeugen geführt.

Das Projekt wurde gemeinsam mit der Gemeinde Wedemark sowie Historikern und Historikerinnen und ehrenamtlichen durchgeführt. Als Motor für alle Arbeiten und Akteure war unermüdlich Franz Rainer Enste unterwegs. Der ehemalige Landtags- und spätere Sprecher der Landesregierung Niedersachsen, der in Brelingen



wohnt, koordinierte das Projekt für die Gemeinde. „Ich kenne Orte mit Heimatchroniken. Aber das hier ist etwas Anderes“, zeigte sich Stephan Weil beeindruckt. Weil erzählt, dass auch er Vertriebene in der Familie habe und der Thematik der Integration der Vertriebenen nach dem Krieg nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werde. Auch Bürgermeister Helge Zychlinski

hob lobend hervor „Die Arbeit hat euch einen Mehrwert gebracht – aber für uns und die Gemeinde auch“. „Ihr habt einen wichtigen Beitrag geleistet“, so Zychlinski.



In Langenhagen wurde die IGS-Süd besucht. Hier hatten die Schüler und Schülerinnen die Gelegenheit Stephan Weil und Rüdiger Kauroff Fragen zu stellen. So stellten die Schüler und Schülerinnen etwa Fragen über den Arbeitsalltag eines Politikers, die zukünftige Berufsfindung oder auch den Klimawandel. Im Rahmen der

Zeugnisferien hat Stephan Weil die Gunst der Stunde ergriffen und den Schülern und Schülerinnen persönlich Ihre Zeugnisse überreicht.

Zwischen den beiden Terminen wurde in Negenborn (Hannoversche Straße, Bushaltestelle Negenborn Kapelle) die Gelegenheit genutzt und eine Verkehrssituation vor Ort besichtigt. Die Bushaltestelle wird von Schülern und Schülerinnen genutzt, ist durch beidseitige Kurvenlage nicht überaus gut einsehbar. Zusätzlich herrscht erhöhter Schwerlastverkehr durch eine ansässige Kiesgrube. Hier sind der Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff in enger Koordination zusammen mit Helge Zychlinski und einer Bürgerinitiative dabei geeignete Lösungen für eine sichere Verkehrssituation speziell für die Schüler und Schülerinnen sicherzustellen.

Rüdiger Kauroff zeigte sich sehr zufrieden über den Besuchstag: „Schön das Stephan Weil sich immer wieder die Zeit nimmt und mit vor Ort ist. Das kommt gut an und verdeutlicht unseren Anspruch uns um die Anliegen der Bürger und Bürgerinnen zu sorgen“

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:



Alexander Vogel

Dieter Linnemann

Jean Schramke



Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge